

Abonnements:
Monatlich 50 Pfennig ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Geldabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegraphische Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt a. M.“
Telephon-Anschluß:
Amt Sanja 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die Spalte Zeitungslohn 15 Pf.,
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden abgegeben
sein. Schluß der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postfachkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard Witzsch, für den übrigen Teil: Gustav Hammer, beide in Frankfurt a. M.
Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Weiskirchstr. 49, Telephon 1026 Expedition: Weiskirchstr. 9, Telephon 3715.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier. — Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nummer 297 Montag den 20. Dezember 1915 26. Jahrgang

Juanschikai nimmt die Kaiserwürde an.

Die Krise im russischen Sozialismus.

Wir entnehmen dieses Referat Baumeisters „Internationaler Korrespondenz“. Andere Beurteiler bestreiten, daß Kretzschmars Richtung irgendwelchen nennenswerten Anhang in der russischen Arbeiterschaft hat.
Am Vorabend des Interesses der allgemeinen sozialistischen wie auch der fortschrittlichen Presse in Rußland steht gegenwärtig der Verzicht der Arbeiter, in die sogenannten Kriegsindustrie-Komitees einzutreten, durch die sie an der Munitionsherstellung des Meeres unmittelbaren Anteil nehmen sollten. Diese Ablehnung erfolgte durch eine Mehrheit von zehn Stimmen in einer am 9. November in Petersburg abgehaltenen Versammlung, wo die Vertreter der beiden sozialistischen Richtungen in Rußland, die der „Bolschewiki“ und der „Menschewiki“, sich zusammenfanden. Die Motivierung der Ablehnung lautet folgendermaßen:
An das Kriegsindustrielle Zentralkomitee.

Erklärung:
Gemäß der von Ihren Wählern ihnen erteilten Weisung, wonach die Beteiligung der Vertreter der Arbeiterschaft in allen den gegenwärtigen Krieg irgendwie unterstützenden Organisationen als prinzipiell unzulässig betrachtet wird, teilen die Bevollmächtigten der Partei- und Betriebsunternehmungen in Petrograd dem abgewählten Komitee mit, daß das Petrograder Proletariat es ablehnt, in das Kriegsindustrielle Zentralkomitee Vertreter zu wählen und erklärt, daß im Falle in das Kriegsindustrielle Zentralkomitee Arbeiter auf irgendwelche Weise eintreten, gegen sie, als gegen Verräter und Widersacher des Petrograder Proletariats, ein entschiedener Kampf geführt werden wird.

Diese resolute Formulierung eines gewissen Teiles der Petersburger Arbeiterschaft verfehlt gewiß nicht, in allen gleich- und andersgearteten Kreisen der russischen Gesellschaft einen lebhaften und starken Eindruck auszulösen. Bei weitem wichtiger aber als dieser Eindruck ist jene Kernfrage, die der ganzen Stimmung dieser Arbeiterschaft zu Grunde liegt, und um die momentan ein heftiger Streit innerhalb der russischen sozialistischen Partei entbrannt ist — ein Streit, der wirklich droht, eine ernsthafte Spaltung herbeizuführen, und den vorläufig die momentan in der russischen sozialistischen Partei obwaltenden antagonistischen Tendenzen zu vollem Austrage bringen. Die eine Richtung, die die Meinung vertritt, daß jedes Zusammengehen mit der Reaktion, und gerade es zum Zwecke der Landesverteidigung, sich mit den Grundrissen des revolutionären Proletariats nicht verträgt, gruppiert sich momentan vornehmlich um die in Genf erscheinenden Organe „Der Sozialdemokrat“, „Schisnj“, „Nasche Slowo“. Die andere, die den Standpunkt vertritt, daß ein zeitweiliges Zusammengehen mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien überhaupt im Interesse der Arbeiterschaft selbst liegt, lehnt sich vornehmlich um den ebenfalls in Genf erscheinenden, von Plechanow und Alexinski redigierten „Prisju“.

Plechanow veröffentlichte nämlich unlängst unter dem Titel „Zwei Linien“ einen in der gesamten russischen Presse vielfach diskutierten Aufsatz, der von dem Grundgedanken getragen wird, daß, wenn die Arbeiterschaft die aus irgendwelchen Gründen revolutionisierenden bürgerlichen Gesellschaftskreisen unterstützt, sie dadurch ihre eigene revolutionäre Bewegung in eine aufsteigende Bahn lenkt, denn wenn die Arbeiterschaft eine aus welchem Grunde immer revolutionisierende oder auch nur fortschrittlich gesinnte Gesellschaftsgruppe zur politischen Macht verhilft, so gewinnt sie an ihr einen Stützpunkt, der ihr in ihrer fortschreitenden Bewegung einen sicheren Rückhalt zu bieten vermag. In diesem Aufsatz rügt Plechanow aus schärfster das unversöhnliche Gebaren des russischen Proletariats, das sich von jeher gegen ein Zusammenarbeiten mit der Bürgerlichkeit beifig sträubte. Eine derartige Haltung lenke die revolutionäre Bewegung in eine absteigende Bahn, denn die sich selber überlassene und der Stütze des Proletariats entbehrende Bürgerlichkeit könne sich in solchen Fällen genötigt sehen, sich der Reaktion anzuschließen. Der Objektivität halber wollen wir die von dem „Sozialdemokrat“ in Genf gegen die Gedankengänge Plechanows erhobenen Einwände bringen. In ihrem Leitartikel vom 20. November führt dieses Blatt unter anderem auch folgendes aus:

„Die Erfahrung der russischen Revolution und der auf diese folgenden Konterrevolution zeigt uns, daß wir bei uns zwei Linien der Revolution im Sinne des Kampfes zweier Klassen, des Proletariats und der liberalen Bourgeoisie, um den maßgebenden Einfluß auf die Massen beobachten konnten. Die erste Linie der bürgerlich-demokratischen Revolution bestand darin, daß die Arbeiterschaft einen entschlossenen Kampf führte. (Die Bauernschaft lief unentschieden mit.) Die zweite Linie bestand in der Haltung der liberalen Bürgerlichkeit. In den entscheidenden Momenten des Kampfes haben die Kolleten in Gemeinschaft mit den Oligarchen das Proletariat verraten. Nur diese beiden Strömungen, nur sie einzig und allein manifestierten sich in der Politik der Massen in 1904–1908, wie auch nachher in den Jahren 1908–1914.“

Gegen diesen extremen Standpunkt, auf dem die sogenannten Bolschewiki gegenwärtig stehen, wendet sich der „Prisju“ in seiner 8. Nummer, die die meisten Aufsätze dem gegenwärtig innerhalb der russischen sozialistischen Partei tobenden Streite widmet. In einem dieser, von B. Koronow unterzeichneten Aufsätze heißt es unter anderem ungefähr folgendermaßen:
„Eine Massenbewegung kann man nur um konkrete, mit dem realen Leben verbundene Kampfziele sammeln. Die Vorkottierung der Kriegsinstitutionen würde im Grunde die aller gesellschaftlicher und politischer Organisationen bedeuten; denn auch die gesellschaftlichen Kongresse, die Genossenschaften und die Sowjedduma, ja jede Erweiterung der politischen Rechte der Demokratie überhaupt unterstützen den Krieg auf diese oder jene Weise. Aus der prinzipiellen Ablehnung der Landesverteidigung würde konsequenterweise die Vorkottierung des ganzen gesellschaftlich-politischen Lebens folgen.“

Dies ist momentan der Zustand der russischen proletarischen Bewegung. Er ist wahrlich keine vereinzelte Erscheinung. Man kann sagen, daß der gesamte europäische Sozialismus gegenwärtig einen ähnlichen Zustand erlebt.

Zwei Tagesberichte.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Samstags-Ausgabe enthalten.)

Großes Hauptquartier, 18. Dez. (W. B. Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.
Auf Mex wurde ein feindlicher Fliegerangriff ausgeführt, bei dem das städtische Museum schwer beschädigt, sonst aber kein Schaden angerichtet wurde.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Zahl der zwischen Karosj. und Nischol. See eingebrachten Gefangenen hat sich auf zwei Offiziere und 235 Mann erhöht.

Die Lage ist an der ganzen Front unverändert. Es fanden nur kleine Patrouillengefechte statt.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Beim Kampf um Bijelopolje wurden im ganzen 1950 Mann, darunter eine geringe Zahl Montenegriner, gefangen genommen.

Das Gebiet nordöstlich der Tara, abwärts von Rojlovac, ist vom Feinde gesäubert. Den österreichisch-ungarischen Truppen sind bei den erfolgreichen Kämpfen der letzten fünf Tage in dieser Gegend 13500 Gefangene in die Hände gefallen. Oberste Heeresleitung.

Großes Hauptquartier, 19. Dez. (W. B. Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Von der Front sind keine Ereignisse von Bedeutung zu berichten.
Mex wurde nachts von feindlichen Fliegern abermals angegriffen. Es ist nur Sachschaden angerichtet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Kleinere russische Abteilungen, die an verschiedenen Stellen gegen unsere Linien vorrückten, wurden abgewiesen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Bei Rojlovac und Bijelopolje sind erneut etwa 750 Serben und Montenegriner gefangen genommen worden. Oberste Heeresleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 19. Dez. (W. B. Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart: 19. Dezember 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Stellenweise Gefechtskampf.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert. Am Nordhange des Monte San Michele wurden in den Abendstunden zwei vereinzelt Vorstöße italienischer Infanterie abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Verfolgungskämpfe in Montenegro nehmen einen günstigen Verlauf. Wir brachten gestern etwa 800 montenegrinische und serbische Gefangene ein.

Bei den Kämpfen gegen die Montenegriner ist es vorgekommen, daß uns der Feind — Ergebung vorzuziehend — mit aufgehobenen Armen und mit Fuchsschwänzen entgegenließ und so zu vorübergehendem Einstellen des Feuers bewog, daß er dann aber unsere Linien plötzlich aus nächster Nähe mit Handgranaten zu bewerfen anfang. Es ist selbstverständlich, daß so schmachvolle Kriegshandlungen eine entsprechend scharfe Abhandlung gefunden haben und im Wiederholungsfall auch weiter finden werden.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Griechenland, Montenegro, Albanien.

Die griechische Regierung hat laut einer Neutermedur bei den Vierverbandsmächten einen formellen Protest gegen die Verstärkung Saloniks durch den Vierverband eingereicht. Der Protest hat nur die Bedeutung, daß er „das Gesicht wahren“.

Einer Saager Meldung zufolge sollen in Salonik noch 40000 Mann indischer Truppen eintreffen. Laut einer Meldung des „Secolo“ landeten die Engländer 100 neue Geschütze. Die Zahl der Verteidiger betrage 160000 Mann.

Die bulgarischen Truppen wie die der Mittelmächte respektieren die griechische Grenze. Einstweilen...

Eine Pariser Meldung Berliner Blätter besagt, daß in Salona angeblich etwa 30000 Mann italienische Truppen, die dort gelandet waren, in das Innere des Landes gesandt wurden. Sie erwarten weitere Verstärkungen, sollen die Sammelbasis für die nach Montenegro und Albanien gesendeten Serben bilden, die Verpflegung dieser Truppen und der kerbischen Zivilbevölkerung sichern, die Straßen für eine spätere Angriffsbewegung in Stand setzen und den Aufstand der albanischen Stämme eindämmen.

Der „Corriere della Sera“ berichtet aus Marseille: Der achtehn Millionen Francs betragende serbische Goldschatz ist in Salonik eingetroffen. Er wird in der französisch-serbischen Bank in Salonik untergebracht.

Wie das Wolffsche Bureau der Zeitung „Gestia“ in Athen vom 27. November entnimmt, ist nach einem Telegramm der griechischen Behörden auf Areta an die griechische Regierung bei der Insel Santa (Bezirk Lassithi auf Areta) ein englischer Hilfskreuzer, der zur Verfolgung von U-Booten verwendet wurde, auf eine Klippe geraten. Das Schiff wurde seinem Schicksal überlassen, nachdem englische Kreuzer sich vergeblich bemüht, es flott zu machen.

Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Rom hat auch die französische Dampfergesellschaft Messageries Maritimes beschlossen, den Suezkanal nicht mehr zu benutzen. Andere größere Frachtdampfergesellschaften seien dem Beschluß beigetreten.

Die Belagerung von Kut-el-Amara.

Das Hauptquartier teilt mit: An der Frontfront fahren unsere Truppen fort, Verteidigungswerke aller Art vor der feindlichen Hauptstellung bei Kut-el-Amara zu zerstören. Unsere schwere Artillerie beschießt wirksam die Schützengräben und andere Einrichtungen des Feindes bei Kut-el-Amara. Der Feind beruht von neuem Dumdum-Geschossen.

Weiter lautet ein über Konstantinopel kommendes Telegramm aus Bagdad: Von zwei englischen Monitoren, welche die türkische Belagerungslinie um Kut-el-Amara zu durchbrechen versuchten, wurde einer durch das Feuer der türkischen Artillerie versenkt, der andere zur Rückkehr gezwungen. Die Verluste der Engländer während der letzten türkischen Angriffe werden auf 1000 Mann geschätzt.

Italienische Kriegsschmerzen.

Die Kriegsberichte der letzten beiden Tage abzudrucken, ist nicht nötig; es sei nur angemerkt, daß Gork wieder zeitweise unter schwerem Artilleriefeuer lag und einzelne Vorstöße der Italiener abgewiesen wurden. Die Ergebnislosigkeit ihrer Stürme und der Massenopfer, die die Italiener dabei bringen müssen, setzt sich um in eine nagende Kritik. Es wurden auch laut dem italienischen Militärbulletin weitere fünf Generäle verabschiedet. Dazu wuchsen die inneren Schwierigkeiten; wegen Kohlenmangel wurden eine Anzahl Personenzüge aus dem Fahrplan gestrichen.

Der Senat hat die dringlichen Budgetwünsche mit 147 gegen 16 Stimmen angenommen.

Aus Nord- und Ostsee.

Berlin, 19. Dez. (H. V. Antisch.) Teile unseres Flotten suchten in der letzten Woche die Nordsee nach dem Feinde ab und freuten sich dann zur Ueberwachung des Handels am 17. und 18. Dezember im Elager-Meer; hierbei wurden 2 Schiffe unterzucht, ein Dampfer mit Dampfschiffen aufgebracht.

Während der ganzen Zeit ließen sich englische Seestreitkräfte nirgends sehen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 18. Dez. (H. V. Antisch.) Am 17. Dezember nachmittags wurde S. M. kleiner Kreuzer „Preußen“ und eines seiner Begleittorpedoboote in der Ostsee durch U-Bootsangriff zum Sinken gebracht. Ein erheblicher Teil der Besatzung wurde gerettet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Das Schiff lief 1903 vom Stapel; es hatte 33,2 Seemeilen Geschwindigkeit, war mit 10 105 Zentimeter-Geschützen bewaffnet und hatte 303 Mann Besatzung.

Immer wieder britische Willkür.

Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Berlin: Bekanntlich nehmen die niederländischen Schiffahrtsgesellschaften Waren deutschen Ursprungs zur Verladung nach Niederländisch-Indien nicht ohne weiteres mehr an. Diese Sendungen müssen vielmehr an den niederländischen Ueberseetrust konfirmiert werden. Die Bestimmungen, unter denen der Ueberseetrust die Konfirmation erteilt, sind genau festgelegt, und zwar davor, daß praktisch die Ausfuhr deutscher Waren verhindert wird. Es dürfen nämlich nur solche Waren deutschen Ursprungs nach Niederländisch-Indien geschickt werden, die nicht oder nicht in erheblichem Mengen aus anderen Quellen als aus deutschen Bezügen bezogen werden können. Die Entscheidung darüber, ob diese Bestimmung zutrifft, liegt aber nicht, wie man annehmen könnte, bei dem Ueberseetrust, sondern ebenfalls bei der englischen Regierung. Beispielsweise wird, wie uns aus Handelskreisen mitgeteilt wird, sogar die Verladung eiserner Röhren aus Deutschland nach Niederländisch-Indien nicht mehr zugelassen. Dieser hatte der Ueberseetrust diese Röhren verpackt, da er der Ansicht war, daß sie in genügenden Mengen nur aus Deutschland bezogen werden könnten. Da kam aber die englische Regierung und behauptete, solche Röhren seien auch sonst zu erhalten, und sie werde die Schiffe anhalten lassen, wenn mit der Verladung der Röhren fortgefahren werde. Wie daraus hervorgeht, mißt sich die englische Regierung nicht nur die Entscheidung darüber an, inwieweit Waren von einem neutralen Lande zum anderen verschifft werden dürfen, sondern sie kontrolliert auch den Handel zwischen einem neutralen Lande und dessen eigenen Kolonien. Dies ist ein weiterer Eingriff in die Souveränität der Niederlande.

Aus dem Hauptauschuß des Reichstags.

In der Samstagssitzung liest Abg. Gröber (Str.) Artikel an dem Reichstags-Telegraphenbureau, das seine Monopolstellung dazu benutze, sich unrichtige Berichte von den Zeitungen zu beschaffen. Die Nachrichtenvermittlung durch dieses Bureau sei sehr mangelhaft, einzelne Zeitungen am gleichen Ort würden ganz verschiedene Berichte geben.

Oberst Hoffmann schildert den Verkehr des Kriegsministeriums mit dem Reichsbureau. Schnelle Verbreitung der Nachrichten ist nur auf diese Weise möglich. Mit diesem System könne die Heeresverwaltung momentan nicht brechen.

Abg. Stresemann bezeichnet den heutigen Zustand als völlig unerträglich. Die Monopolstellung des Reichsbureaus bedeute die Vernichtung der Konstitution. Wolff hat von der Telegraphenunion 5000 Mark für Ueberlassung der Heeresberichte verlangt. Die Art, wie das Reichsbureau seine Macht ausnütze, sei unerhört.

Kriegsminister v. Damm sagt eine eingehende Untersuchung zu.

Abg. Stadthagen erörtert das militärgerichtliche Verfahren gegen den Abg. Liebknecht. Unter Verletzung der Immunität ist ein eingeleitetes Verfahren zu Ende geführt worden. Und wiederum ohne den Reichstag zu fragen, hat man ein neues Verfahren gegen Liebknecht eingeleitet. Der Reichstag muß diesen Eingriff in seine Rechte zurückweisen.

General v. Pangermann erklärt, daß auch die Militärverwaltung die Immunität der zum Heere eingezogenen Abgeordneten nicht befreit. Die Einstellung des Verfahrens ist telegraphisch angeordnet worden. Im zweiten Fall handelt es sich um eine vorläufige Vernehmung, nicht um ein gerichtliches Verfahren.

Abg. Stadthagen stellt demgegenüber fest, daß sich das Militärgericht den Anordnungen des Kriegsministeriums nicht fügt. — Kriegsminister v. Damm behauptet, daß das Verfahren gegen den Abg. Liebknecht tatsächlich eingestellt worden ist. — Abg. Gröber führt aus, daß das Verfahren gegen Liebknecht lediglich aus materiellen Gründen eingestellt worden ist. Auch das zweite Verfahren dürfte unter seinen Umständen eingestellt werden. Hier handelt es sich um ein Recht des Reichstags, das er sich nicht verkümmern lassen darf.

Mit einer weiteren kurzen Auseinandersetzung zwischen dem Kriegsminister und dem Abg. Stadthagen schließt die Aussprache.

Abg. Stadthagen begründet nunmehr die folgende Resolution: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine bündelnde Verordnung folgenden Inhalts zu erlassen: Wegen Kriegsteilnehmer und ihre Familienmitglieder ist eine Klage auf Ermittlung für die Dauer des Kriegszustandes nicht zulässig, wenn der Kläger nicht nachweist, daß der Kriegsteilnehmer zur Zahlung der Kriegszuschüsse und der laufenden Kriegsbeträge wirtschaftlich in der Lage ist.“ Unter den Kriegern müsse Ermittlung hervorgerufen werden, wenn sie erfahren, daß ihre Frauen ermittelt worden sind, weil sie keine Rente zahlen konnten. Die Resolution wurde angenommen, desgleichen ein Antrag Gröber, der fordert, einen Gesetzentwurf demnächst vorzulegen, durch den, wer sich oder einem Dritten für Herabsetzungen Vermögenswerte gewährt oder versprochen läßt, die den üblichen Wert übersteigen und in auf-fallenem Mißverhältnis zur Leistung stehen, zum Zwecke des Schadens verpflichtet wird, und zwar mit rückwirkender Kraft auf die seit Kriegsbeginn abgeschlossenen oder erfüllten Rechtsgeschäfte.

Abgelehnt wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der das Recht der Landarbeiter und des Gefolges zur Aufgabe ihrer Arbeitsstelle sichern wollte.

Dann wird über eine ganze Flut von Anträgen abgestimmt. Angenommen wurden u. a. folgende sozialdemokratische Anträge: Die Heranziehung von Reichsmitteln zur Unterstützung der Textilarbeiter wird an die Bedingung geknüpft, daß zu den zum Zweck der Festlegung der Unterstützungsbedingungen und zur Durchführung der Unterstützungsaktion geschaffenen Orts-, Bezirks- und Landesaus-schüssen auch Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen der Textilarbeiter in gleicher Zahl wie die Unternehmer hinzugezogen werden. — Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, durch eine Bundesratsverordnung zu bestimmen, daß a) Unterstützungen, die infolge von Arbeitslosigkeit bezogen wurden, nicht als Armenunterstützung gelten, b) die Unterstützungsempfänger nicht verpflichtet sind, die erhaltenen Beträge später zurückzugeben. — Dem Reichs-ausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, damit er die ihm gestellten Aufgaben erfüllen kann. — Angenommen wurde auch ein Antrag, in dem gefordert wird, daß bei Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern das Reichsbureau des Innern vermittelnd eingreifen soll. — Der Antrag des Zentrums, der sich gegen das Wolff-Bureau richtet, wurde angenommen. Ferner die folgende Resolution der Sozialdemo-kraten: Den Herrn Reichstagspräsidenten zu ersuchen, a) bis zur Vorlage eines Entwurfes der Kriegsbeschädigtenverordnung dahin zu wirken, daß eine weitere Reform der R.-V.-O. vorgenommen wird; b) dahin zu wirken, daß den Mannschaften in möglichst weitem Umfange Urlaub gewährt wird; c) daß bei der Gewährung von Urlaub zunächst jene Mannschaften berücksichtigt werden, die bisher noch nicht in Urlaub waren; d) den deutschen Mannschaften für die Dauer des Urlaubs das für ihren Truppenanteil festgesetzte Soldatengeld bei Eintritt des Urlaubs ausbezahlen. — Die ebenfalls geforderte Revision der Offiziersgehälter und die Verringerung der Zulagen in der Heimat wurde mit 16 gegen 13 Stimmen abgelehnt. — Abgelehnt wurde auch der sozialdemokratische Antrag, die Freilassung jener feindlichen Länder angehörigen Zivilisierteren herbeizuführen, die in Deutschland eine geforderte Erlaubnis nachweisen können und bei denen keinerlei Verdacht besteht, daß sie die Sicherheit des Reiches gefährden würden. — In den Unterstützungsfragen wurde folgende Resolution angenommen: 1. Die Familienunterstützung ist zu erhöhen, wenn nach der laufenden Steuerberechnung das Einkommen in den Orten der Tarifklasse E 1000 Mark und weniger, in Orten der Tarifklassen C und D 1200 Mark und weniger, in Orten der Tarifklassen A und B 1800 Mark und weniger beträgt. Der Anspruch besteht nicht, wenn der zum Militärbediensteten Eingezogene an seinem Einkommen keinen Ausfall erleidet. 2. Die Zuschüsse des Reiches und der Einzelstaaten an die Kriegsverwundeten zur Erhöhung der Familienunterstützung sind — abgesehen nach der Leistungsfähigkeit der Kriegsverwundeten — festzusetzen. 3. Die Bestimmungen zu treffen, daß die Aufsichtsbehörde in geeigneten Fällen die Zahlung der Familienunterstützung anordnen kann.

Nach Erledigung einiger minder wichtiger Angelegenheiten vertagte sich die Kommission bis nach Neujahr.

Die Viehhändler zur Fleischsteuerung.

Der Bund der Viehhändler Deutschlands hat in Berlin seine Generalversammlung abgehalten und sich bei dieser Gelegenheit über die Fleischnot ausgesprochen. Selbstverständlich lehnen es die Viehhändler ab, an dem mangelnden

Viehauftrieb Schuld zu sein. Sie fordern, daß der Stallpreis 18 Prozent unter dem Höchstpreis sein soll, weil sie, die an guten Verdiensten gewöhnt sind, sonst nicht auskommen können. Die Fleischverarbeiter wurden beklagt, Fleischaufläufe in großem Maßstabe vorgenommen und dadurch die Fleischverarbeiter der Bevölkerung geschädigt zu haben. Die Viehhändler behaupten, daß es sich bei diesem Anlauf zumeist um Spekulationen im Interesse der Privatindustrie handele.

Demgegenüber darf darauf hingewiesen werden, daß im Haushaltsausschuß des Reichstags von verschiedenen Seiten ganz unmissverständlich festgestellt wurde, daß gerade die Viehhändler ein großer Teil der Schuld an dem mangelnden Viehauftrieb auf dem Viehmarkt trifft, und es wurde auch dem Bund der Viehhändler gegeben, die Viehhändler völlig auszu-schalten. Das Vieh könnte ebenfalls durch staatliche Kon-missionäre, denen ein bestimmter Prozentsatz zuzubilligen wäre, aufgekauft werden. Diese Feststellungen scheinen den Bund der Viehhändler veranlaßt zu haben, schließlich der Öffentlichkeit darlegen zu wollen, daß die Viehhändler keine Schuld trifft. Viel Glauben wird man damit allerdings nicht gerade finden.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Der lediglich aus Gutsbesitzern und Magistratsherren bestehende Landtag für beide Mecklenburg hat seit dem von der Streikter Regierung geforderten Steuerjahres von 100 Prozent (wie im Vorjahre) nur 80 Prozent bewilligt. Nachdem die Regierung aber erneut ihr Verlangen gestellt, hat jetzt der Landtag die Forderung auf 100 Prozent doch bewilligt.

Der preussische Landtag wird zum 18. Januar ein-berufen.

65 gegen 41.

Unter diesem Titel bringt die „Presse. Volkswacht“ über den Konflikt in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einen (von der Zensur verfallenen) Artikel, in dem es heißt: Vorläufig hat das Volk, soweit es anderer Meinung ist, auch in dem demokratischen Frankreich und dem parlamentarischen England, keinen so durchdringenden Einfluß, daß es die Entschlüsse seiner Regierungen ändern könnte, und diese Regierungen zwingen uns den Weltkrieg auf. Wir müssen deshalb verlangen, daß auch in diesen Ländern die Arbeiterparteien mit ähnlichen Anfragen an ihre Regierungen herantreten, als wir es getan. Wenn sie ihre Ministerpräsidenten zu der gleichen Erklärung veranlaßt haben, daß sie sich vernünftigen Friedensvorschlügen nicht entziehen wollen, dann wäre für einen neutralen Vermittler der Augen-blick gekommen, an beide Teile mit seinen guten Diensten heranzutreten. Das ist vorläufig noch in keinem Lande geschehen, diese Tatsache darf unsere Minderheit, deren beste Absichten wir im übrigen voll anerkennen, nicht übersehen.

Auf eine schiefe Ebene würden sich unsere Freunde da-gen begeben, wenn sie ihre abweichende Ansicht in der posi-tiven Abstimmung zum Ausdruck bringen und im Reichstag selbst gegen die Genossen von der Mehrheit stimmen. Ge-wiß ist das noch keine Spaltung unserer festgelegten Partei. Aber es ist ein höchst bedenklicher erster Schritt. Zunächst bleibt es natürlich nicht bei der Abstimmung, sondern dazu gehört die Begründung. Auch wenn sie nicht von Liebknecht oder Ledebour, sondern von Haase oder Bernheim in der sachlich einwandfreiesten Form gegeben wird, kann es kaum ausbleiben, daß der Kaiser oder die bürgerlichen Parteien bei ihrer Entgegnung sich auf die „bessere Einsicht“ der bürgerlichen Sozialdemokraten berufen und so eine Debatte unter den eigenen Parteifreunden fast unvermeidlich machen. Solche Verurteilungen auf den eigenen Genossen pflegen manchmal hiefig beantwortet zu werden und können Anlaß zu Polemiken geben, an denen wir zwar nicht sterben, die aber weder unser Ansehen noch unseren Einfluß erhöhen.

Zum zweiten wissen wir nicht, wie schnell Mehrheit und Minderheit sich wandeln können. . . . Es würde den Genossen, die dann die Mehrheit bilden, doch auch nicht gerade ver-löblich erscheinen, daß die Genossen, unter deren Votum sie sich bisher beugten, sich selbst nicht mehr beugen brauchen. Aber auch, wenn ihnen das gleichgültig sein mag: wirk-sam, einflußgebend wird unsere Haltung auch dann nur sein, wenn die ganze Partei mit ihrer ganzen Autorität die neue Stellung einnimmt. Darin lag bei den

Genilleton.

An der Schwelle des Orients.

(Bruchstücke eines serbischen Tagebuchs.)

Robipazar, 25. November 15.

Montag den 22. November. Bei Naska, ehemalige Grenze zwischen Albanien und der Türkei. Am gleich-namigen Fluß das alte türkische Bollwerk. (Auf der Straße nach Robipazar marschierten die Serben am 17. Oktober 1912 in den Sandhaufen ein.) Die Naska, die hier in den Felsen liegt, liegt voll von Patronelementen und Artilleriegeschossen. Die gesprengte Brücke in 15 Arbeitsstunden durch bayerische Pioniere wieder hergestellt. (Konstruktion durch Spreng-werk.) Jenseits des Fluß ein riesiges Flüchtlingslager. Jedesmal, wenn vom Gebirg eine Abteilung Gefangener im Lager erscheint, lautes Jibio-Rufen. Das Nachhaus, das wir gestern als erstes von Naska haben, ist ein türkischer Karawansaray — weiß, verfallend, mit köstlichem Blick auf das Naska-Tal, die albanischen Alpen, die Stadt (als ganzes malerisch in der Mauer schlechter bunter Balkonen). Von den Bergen des blauen Jbarufers bewegen sich Tragtierkolonnen auf Saumpfaden langsam abwärts, schwarze Schlängelungen auf den weißen Hängen. Um das verfallene Gemäuer freies Wasser. Oben über Mispolje ein Adler. Ein Schafherd erscheint am Gang und sucht seine Herde. Einer von uns rümpelt sich und das Tier verschwindet. — Gestern abend alle Berge rings um die Stadt voll lodender Wacht-feuer. Auf dem Marktplatz ein Feuer — drei Meter hoch. (Es friert und die Straßen sind hart.) Die ganze Nacht er-leuchtete das rote Feuer unsere Fenster. Wir wohnen bei einem reichen serbischen Kaufmann, der geflohen ist. Unten ein voller Laden, in dem jetzt ein Intendantenbeamter herrscht. Die Frau hat deutsch gesprochen — in ihrem Nach-tischchen ein paar zerlesene Bände einer populär-wissenschaft-lichen Bibliothek. — Heute mittag vor der Kommandantur ein Berg von Gehehen. Ich erfahre, daß ein serbischer Hauptmann mit seiner Kompanie angelangt ist, nachdem er gestern sein Erscheinen und Uebergabe durch einen Brief an-gekündigt. Dugendweise laufen die serbischen Soldaten uns

zu. Vor ein paar Tagen brachte eine Proviantkolonne 60 Mann mit ins Quartier. — Heute nachmittag von Naska im Auto weg auf guter Straße in den Sandhaufen. Die Flücht-linge, die uns entgegenkommen, teilweise sehr wohlhabend. Unter den Zivilisten sehr viele serbische Soldaten, die ihre Uniform abgelegt haben. Links und rechts wieder Karawane. Wir fahren, in gutem Tempo, auf der ehemaligen Grenze entlang. Es dunkelt leise. Als hinten in einem Kessel aus dem Abendnebel ein schlanke Minarett emporsteigt — dünn, schlank, in der blauen Bläue des schneefreien Abends, kaum zu erkennen. Wir halten — eine ungarische Kolonne über-holend — einen Berg hinauf. Plötzlich rechts eine niedrige, aber riesengroß quadratische blendendweiße Mauer mit grellen rotblauen Zinnenhöckern — ganz türkisch. Links unten ein weites graues Meer von Häusern — mit Türmen, Kuppeln, Minaretts und vielen schlanke hohen Weiden, auf denen schwarze Krähen hocken: Robipazar. Plötzlich sind wir in der ersten engen Straße. Schmutzige Serbenbuben. Petroleum-Laternen brennen trüb. Zerlumpte Gestalten mit weichen Albanerfüß auf dem Kopf. Plötzlich sind wir im Türkenviertel — lausend Goldläden. Bunte Turbans-Anaben, die Hüner verkaufen. Eine Goldbrücke im Mond-schein. Weiches Metallgeschmied, weiße Kuppeln, weiße Fassa-den ohne Fenster, ohne Schmutz. Goldgitter, hinter denen unsichtbar die Frauen hocken. Ein Geruch von Schafen und Zwiebeln und broselndem Hammelfleisch. Körbe von Kefirn und Nüssen. Ein schreiendes Gewirr von türkischen, bayer-ischen, blutdeutschen und serbischen Stimmen. Plötzlich sind wir im Orient.

Dienstag den 23. November. In einem Zimmer der Präsektur geschlafen. Der Frost hält an. An allen Wänden große Bilder von König Peter. In den Schränken Alten-bücher. In einer Ecke des Saals ein verlorenes Stempel des serbischen Magistrats. — Gestern eine Stunde vor uns zog ein deutscher General in die Stadt ein. Vor der Prä-sektur hatte man Lorbeerbäume eingepflanzt — ihm zu Ehren. Der alte türkische Gemeinderat — aus der Zeit vor dem letzten Kriege — begrüßte ihn feierlich, mit einer Rede und dem üblichen Auf auf die Wangen. Heute landeten die Türken die ersten Gefährten — eine gebrauchte Gans, einen Riesenlachs aus Blätterteig, eine türkische Süßweisse. Alles von einer Deputation begleitet — wieder mit Reden und

neuen Klößen. Auf dem Stadthaus schaltet der Gemeinderat — durch Dolmetscher in steter Fühlung mit den deutschen und österreichisch-ungarischen Militärbehörden. Zwei ange-sehene Türken — Salih-Beg-Rastovac und Kasimaga-Elledi-je — stehen an der Spitze. Die Stadt, mit ihren 12 000 Ein-wohnern, von großer Ausdehnung, liegt in einem Kranz von mächtig hohen Bergen. Im Nordosten auf einer Klippe eine Mauer aus altertümlicher Zeit, halb Kirche, halb Burg, mit seltsamen gut erhaltenen Fresken. Es nebelt den ganzen Tag fül-ter als sonst hier im November. Die Händler frösteln über den Holzhaufen. Tausende von schreienden Krähen be-lagern die Weidenbüsche. Ein erster Gang durch die Bazar-strasse. Alle Läden sind belagert von unseren Soldaten, die hier zum ersten Male nach vielen Wochen Geld ausgeben kön-nen. Sie kaufen alles: Walnüsse, Schafkäse, Äpfel, Joha-nisbrot, Tabak (sehr selten), Zigarettenstängel, Strümpfe, Süßigkeiten. Sie drängen sich um die Waldbrotläden, sie essen die frischgerösteten Fleischfrankfurter (wie „Trend-linger Würstchen“), sie sitzen in den schmutzigen kleinen Kaffee-barbierstuben zwischen Albanern und Serbiern und schlürfen Mokka alla turca, als ob sie das seit ihrer Konfirmation so gewohnt wären. Die Händler betrügen. Sie nehmen Bucher-breite — für ein Bäckchen von drei Weizen Tabak 1 Krone, für ein Bündel Äpfel 1 Krone, Nüsse, Waldbrot — alles eine Krone. Sie wollen nur Kronen haben. Die Stadt ist fast rein mohammedanisch — von 12 500 Menschen 10 000 Mos-lims. Sie hat über 20 Moscheen. Aber reine Türken gibt es überhaupt nicht mehr oder sehr wenige. Die meisten sind mohammedanische Serben. Alles spricht serbisch. Auch unter dem weißen Fetz steht selten ein echter „Albaner“. Die Ver-sorgung der Truppenmassen ist sehr schwer — alles wird hier bezahlt. Auch ihre Unterbringung. In kein mohammedani-sches Haus kommt Einquartierung. Ueberall malen die Leute in Eile den roten Halbmond mit dem Stern an ihre Tür, an ihren Laden — um sich vor jeder Leistung zu schützen, natür-lich auch solche, die niemals Moslims waren und vor acht Tagen noch den serbischen Soldaten zuzuführen. Gegen 4 Uhr nachmittags kreiste ein Doppeldecker über der Stadt. Alles lief und lachte. Auch aus den Holzgittern der Frauengemächer zeigte sich hier und da ein erstarrter Kopf.

Mittwoch, 24. November. Es sind Höchstpreise festgesetzt in Läden, die jetzt an jedem dritten, vierten Laden stehen. Die Händler machen zuerst verdugte Gesichter und wollten

bisherigen Entscheidungen der große Eindruck, darin wird er auch in Zukunft liegen.

Eine erste Mahnung.

k. Die Partei ist in der Partei nicht immer mehr zu. Die Parteiführer in Leipzig, Bremen, Braunschweig verlangen vereint mit Richtigkeit ein selbständiges Vorgehen der Minderheit der Reichstagsfraktion. Das kann einer Spaltung der Fraktion gleich, die folgenreichere Konsequenzen für die deutsche Arbeiterbewegung nach sich ziehen würde. Die Minderheit der Partei muß darum jeden Parteigenossen, dem die Einheit der Partei über alles geht, mit großer Besorgnis erfüllen. Dieser Sorge um die Partei gibt der Artikel des Parteivorstandes in der Sonntag-Rummer der „Volksstimme“ berechneten Ausdruck: er ist eine erste Mahnung in erster Stunde. Eine Mahnung, die sich auch der Genosse anschließen konnte, so nicht, der in der Frage der Kreditbewilligung nicht der Ansicht der Mehrheit zustimmt.

In der „Volksstimme“ hat der Genosse -ch. versucht, die Genossen der Fraktion, die sich öffentlich gegen die Fraktion wandten, zu überzeugen, ihnen mildere Umstände auszuweisen. Er sagt, daß diese Genossen sich in einem gewissen Konflikt befinden und man darum keinen Stein auf sie werfen dürfe, wenn sie ihre eigenen Wege gehen. Nun ein Genosse wirklich mit seinem Gewissen in Konflikt kommen, wenn er sich als Demokrat der Mehrheit unterordnet? Wir können dies nicht einsehen! Innerhalb der Organisation kann jeder seine Überzeugung zum Ausdruck bringen und durch Abstimmung dominieren — wodurch das parteigenössische Gewissen salbirt sein muß —, nach außen muß aber die Partei einheitlich und geschlossen dastehen. Sollen wir nicht immer und immer der Arbeiterklasse gepredigt, daß nur Einheit und Geschlossenheit zum Sieg führen kann? Und ist nicht die Disziplin der Sozial der deutschen organisierten Arbeiterkraft? Und nun sollen auf einmal angebliche „Gewissenskonflikte“ dem Abgeordneten das Recht geben, seine eigenen Wege gehen zu können! Wahrhaftig, wenn das Uraus werden sollte, da wäre es um die Partei schlecht bestellt. Der Genosse -ch. übersieht aufeinander wütend die Folgen eines selbständigen Vorgehens der Minderheit. Es würde eine Zersplitterung der Partei bedeuten. Will dieser der Genosse -ch. wirklich das Wort reden oder ist er auch nur mildere Umstände auszuweisen? Die außerpolitische Wirkung eines derartigen Vorgehens der Minderheit erkennt der Genosse -ch. an: „Die Elemente würde neue Hoffnungen schöpfen, neue größere Anforderungen machen“. Das heißt, daß ein Ende dieses entsetzlichen Krieges in noch weitere Jahre gerückt wird. Wer aber dies einseht, würde unvernünftig handeln, wenn er trotzdem den Weg beschreiten würde, den die Genossen der Minderheit gehen wollen.

Freigabe der politischen Exekution, auch der Kriegsziele, Sicherung und Verfestigung des parlamentarischen Kontrollrechts — diese Bedingungen will der Genosse -ch. für die Bewilligung der neuen Kredite stellen. Diese Forderungen kann man teilen. Nicht aber die Schlussfolgerung des Genossen -ch., daß nur dann Unterordnung der Minderheit gefordert werden dürfte, wenn die genannten Bedingungen erfüllt werden. Der Standpunkt des Genossen -ch. würde zu selbständigen Konsequenzen führen. Er wirkt zwei getrennt zu stehenden Fragen zusammen: Kreditbewilligung und Disziplin. Man kann ganz gut gegen die Kredite sein und doch alles tun, um die Einheit der Partei hochzuhalten. In der heutigen Diskussion scheitert aber die Frage der Kreditbewilligung aus. Es handelt sich nur darum, ob die Disziplin, die Geschlossenheit der Partei auch von den Abgeordneten der Minderheit gewahrt werden muß. Und da kann es nur eine Klarantwort sein „nein“ und „ja“ und „nein“ geben. Dann sollte es führen, wenn die Minderheit einer Partei sich nur dann der Mehrheit unterordnet soll, wenn bestimmte Forderungen von der Gegenpartei erfüllt werden? Das würde ein gemeinsames Zusammenarbeiten unmöglich machen.

Ein selbständiges Vorgehen der Minderheit der Fraktion muß also, was es erst mit der Einheit und Geschlossenheit der Partei meint, entstehen bereinigen. Da kann es keine Entschuldigungen geben. Es wäre eine Befähigung an der deutschen Arbeiterkraft ein Schritt, über den unser Gegner frohlocken würden.

—k. R. v. von Disziplin und Einheit sprechen, das heißt die Sache ganz einfach nehmen. Dabei muß man sich doch auch etwas denken können! Der Parteivorstand hat die Sache so simpel nicht genommen; er hat viel gesagt über die Zukunft der Bewegung gesagt. Und eben das Mühtige, worauf sich mit keinem Worte eingegangen war, das wird den Angehörigen der Minderheit Sorge bereiten. Sie meinen Zeichen der Abdrängung der bisher eingehaltenen Kampfführung zu sehen; und das erscheint ihnen als Preisgabe der Bewegung selbst. Die Aufhebung gilt ihnen als Rettung der Sache.

Einer solchen Anschauung kommt man höchstens äußerlich bei mit dem Wort von der Einheit der Partei. Innerlich sie zu überwinden, sie zu widerlegen durch Taten, das ist die Aufgabe. Es muß bewiesen werden, daß auch die Mehrheit nicht daran denkt, durch patriotischen Wohlwollen Vorteile materieller und sozialer Art für die Arbeiterklasse herauszuschlagen zu wollen. Auch die „ungeheuren Aufgaben“, die beiden Weigen der Arbeiterbewegung nach dem Krieg harren, ziehen hierher. Denn man braucht nicht feindselig zu sein, um aus Verlautbarungen der Parteiposition

nichts verkaufen. Nach ein paar Stunden lief alles glatt. Aber wir sind hier außerhalb Europas. Die Leute wollen kein Papiergeld — ein fahdiger Thüringer kaufte für eine halbe Silbermarke daselbst, was ein anderer mit einer Zweifronennote bezahlt hatte. Ganz unbeliebt ist ferbisches Geld. Ein galizischer Trainsoldat — (mit dem säkvermüßigen Gesicht der östlichen Juden) — bekam für einen 10-Dinarischen nicht mehr als 4 Kronen gewechselt. Heute mittag um 12 Uhr fanden Hunderte von Soldaten am das Minaret, von dem der Muezzin seine Gebete sang (klagende Laute wie aus der Urzeit). Alle tief erlöst. Wüßlich raffelt ein Matrosenflugzeug mit 160 PS auf der Wiese westlich der Stadt einpor. Die Stimme des Muezzin wird verhallen von dem heulenden Gebrüll des Motors. Alles blickt auf den Hügel, der sich schnell gegen die montenegrinischen Grenzberge hochschraubt. Der Muezzin wendet sich nach einer anderen Himmelsrichtung, legt die hohlen Hände an den Mund und singt weiter. Im hiesigen ferbischen Hospital eine französische Krankenpflegerin getroffen (nebst einem griechischen Oberarzt). Sie ist erst seit September im Land, erzählt von der anglichen Fahrt durchs Mittelmeer (überall U-Boote), von ihrer Arbeit in Valseno (die meisten Kranken österreichisch-ungarische Gefangene), von dem hoch- und übermühten ferbischen Offizierskorps. Noch acht Tage vor der Ankunft der Deutschen probierten sie, daß sie weder russische noch französische Hilfe brauchten. Die Schwester stammt aus Samur an der Loire und hat früher in Rouen hinter der französischen Front gearbeitet. Als ich ihr die Geschichte von dem kleinen Geiger aus Lille erzähle, weint sie.

Donnerstag, 21. November. Wir haben einen Krieger als Zimmergenossen bekommen, der von Cattaro über die Berge nach hier geflohen ist. Er hat Stulari und Cetinje gesehen, hat sich zwischen Wollen und weichen Persiden hin- und her gearbeitet — und erzählt, daß das Meer blau ist (hinter den Bergen westlich der Stadt). Er erzählt auch von den Schwierigkeiten des Verpflegens hier in Serbien, von der Mangel an Oben das Ausbaltendern erklärt. „Ich stehe, stehe und steige und schließlich rutsche ich nach hinten ab.“ — „Über ich nehme einen Kellergut, ein großer Kessel steht sich unter mir.“ — „Schließlich rutsche ich in ein warmes Sonnenloch.“ — Nach Tisch besuchten wir den neuen Stadtrat im Stadthaus —

gerade jene Sorge herauszuheben: daß die „Politik des Durchhaltens“ eingegeben sei von der Hoffnung auf künftigen Lohn. Ich sage nicht so; ich sage nur: Kämpfe jetzt schon für Demokratie! unserer inneren Verhältnisse; fordert unumgänglich: Einhaltung der Voraussetzungen, unter denen die ersten Kriegsschritte bewilligt wurden! Und ich wiederhole, was ein französischer Parteigenosse am 17. Dezember in der „Volksstimme“ sagte: es beginnt erst jetzt die parlamentarische Aufklärungsarbeit, die wir von unserer Fraktion erwarten. . . . Der 10 Milliarden-Kredit, den das Reich verlangt, ist die Grundlage, zur weiteren Klarheit zu streben.

Juanischais Komödie.

Am 11. Dezember hatte Juanischai eine Vorlesung erteilt, in der es heißt: „Ich, der Präsident, bin der Meinung, daß die Souveränität der Republik durch das Volk verkörpert ist. Da jetzt der Bürgerkrieg einseitig die Einsetzung der konstitutionellen Monarchie beschlossen hat, so bleibt mir nichts übrig, als dem Volkswillen zu gehorchen. Ich habe die Bitte zur Thronbesteigung aber im höchsten Grade überreicht. Man möge sich doch daran erinnern, daß ich bei Gründung der Republik bereits den Eid abgegeben habe, die Republik mit aller meiner Kraft zu fördern. Wenn ich nun die Kaiserwürde annehme, werde ich da nicht meinen Eid brechen? Für den Bruch dieses Eides gibt es keine Entschuldigung; zumal ist es mein vornehmstes Prinzip gewesen, Land und Volk zu retten. Ich werde mein ganzes Selbst daran setzen, dieses Ziel zu erreichen.“ Und so weiter: mit dem Schluss: das Parlament soll noch einmal beraten, noch einmal überlegen und „eine andere fähigere Person wählen“.

Es kam wie es kommen mußte; abermals fiel die Wahl auf Juanischai — und nun nimmt er an. Denn nun fehle ihm die „gerechtfertigte Entschuldigung für meine Ablehnung“. Also verkündet in einem Erlass vom 16. Dezember: England, Rußland und erst recht Japan machen dazu ein ärgerliches Gesicht. Es scheint jedoch, als würden sie sich in das Unabänderliche fügen.

Nach einer Zukunfts- und Nachsicht der „Deutschen Tageszeitung“ hatte nach einer Londoner Meldung der „Chinese“ Staatsreich und Chinas Streben zum Kaiserthum Japan zu einer größeren Mission veranlaßt. Die japanische Regierung habe von China Aufklärungen verlangt. Eine Abweisung der japanischen Forderungen sei nach dem Hofen von Peking abgegangen, um die Antwort auf eine diesbezügliche Note abzuwarten.

Tarifverträge im Korbmachergewerbe.

Mit dem Ausbruch des Krieges fehlt eine Hochkonjunktur für die Korbmacher ein, da sich die Aufträge in Geschäften ins Ungeheure steigerten. Seit über 50.000 Arbeiter und Arbeiterinnen in Stadt und Land waren bald bei der Herstellung dieses Kriegsgüter beschäftigt. Der Korbmacherverband nahm sich sofort der Arbeiterinteressen an; so die Arbeiterorganisationen, so, konnte er jedoch wenig durchsetzen. Unternehmer, die Monoprotekte machten, zahlten halb so niedrige Löhne, als was anständige Unternehmer zahlten und was nach den Vorkriegspreisen der Militärverwaltung hierfür hätte ausbezahlt werden können. Reider haben alle Beschwerden des Korbmacherverbandes bei der Militärverwaltung blaugrün nicht genutzt; es blieb kurz und bündig in einem Entschluß der Behörde: . . . Dem Erzeugen, den Unternehmern zur Pflicht zu machen, die von den Organisationen vereinbarten Arbeitslöhne zu zahlen, kann jedoch nicht entprochen werden“.

Die Zustände wurden schließlich auch von den Unternehmern als unzulässig empfunden. Am 8. Dezember fand in Leipzig zwischen dem Vorstand des Deutschen Korbmacherverbandes und dem des Verbandes selbständiger Korbmacher Deutschlands unter Mitwirkung von Vertretern der Unternehmer und Arbeiter aus den namhaftesten Korbmachereien eine Tarifverhandlung statt, die mit dem Abschluß eines Vertrages für die Geschloß- und Reisfordbranche endete.

Der Vertrag für die Geschloß- und Reisfordbranche unterscheidet zunächst die in Betracht kommenden Orte in drei Lohnklassen. Von der einen Klasse zur anderen differiert der Arbeitslohn je nach den einzelnen Korbförten um 25 bis 45 Pfennig pro Stck. Auf diese Weise sollen die verschiedenen deutschen Verhältnisse miteinander ausgeglichen und die allgemeine Durchführung des Vertrages erleichtert werden. Der Vertrag bestimmt: Unter der Voraussetzung gleich guter abnahmefähiger Arbeit ist der vereinbarte Arbeitslohn an Männer und Frauen jeden Alters in gleicher Höhe zu zahlen. Arbeiter oder Arbeiterinnen unter 45 Jahren dürfen als Seimarbeiter nicht mehr beschäftigt werden. In jedem Falle oder ist den Seimarbeitern der gleiche Lohn wie den Werkstattarbeitern zu zahlen. Des weiteren sind für die Durchführung des Vertrages

lauter Mohammedaner. Das Zimmer überfüllt mit Menschen. Eine weinende Zigeunerin, die behauptet, man habe ihr etwas gestohlen. Ein Händler, der von der städtischen Polizei wegen Lieberbeurteilung festgenommen ward (Strafe: Requirierung seiner Waren). Ein bosnischer Soldat, der im vorigen Jahre von den Serben gefangen wurde, ihnen aber jetzt bei dem Transport von Balken über Smyrna und Novipazar nach Jof entflohen ist. Er hielt sich tagelang versteckt und kommt nun in serbischen Kleidern angewandert — aus den montenegrinischen Bergen. An der Wand des Zimmers die Photographie eines türkischen Torpedobootes. Der weißbärtige Bürgermeister mit einem türkischen Turban steht an einem Schreibtisch und befreit mit seinen stenographieartig wirkenden türkischen Buchstaben ein Blatt Papier, das er mit der linken Hand frei in der Luft hält. Wir sitzen kaum, so wird uns von einem eilfertigen Anaben der Kasse gebracht. Der Kadi findet sich ein — und noch mehrere Pörs aus der Umgegend. Wir werden feierlich begrüßt durch eine würdige stolze Rede des Reichsbars (die der Dolmetscher leider ins Unverständliche überführt). Dann beginnt die Unterhaltung. Sie reden in schönen Bildern. „Wie ein langsam Erstrierender die Sonne erwartet, so erwarteten die Mohammedaner des Sandschaks die Ankunft der Verbündeten.“ Sie flogen über die ferbischen Wandersoldaten, die in ihre Häuser drangen, ihre Frauen entführten und ihren Arm- und Fußbänder vom Leibe rissen. Als ich sie frage, ob in der Zeit des Interregnums zwischen dem Abzug der serbischen und der Ankunft unserer Truppen die Türken nicht Gleiches mit Gleichem vergolten hätten, antworteten sie ausweichend. Sie klagen über die ewigen unbegleiteten Straßenwachen, zu denen die Serben sie herangezogen. Auch bei der Steuereintreibung wollen sie Ungerechtigkeiten erlitten haben — „obwohl im allgemeinen und besonders in religiösen Dingen die Behandlung gleichmäßig war“. Am schließlichen empfanden sie, daß der mohammedanische Soldat aus dem Sandschak, wenn er ins ferbische Meer eintrat, den Fez ablegen mußte (Denn das verbot gegen die Scherijah). Eine Bemerkung des Kadi: „Was für Menschen hätten wir den deutschen Behörden an Lebensmittel in fest verkaufen können, wenn die ferbische Regierung uns wie früher die christlichen Bauern überlassen hätte!“ Sie thought das wirtschaftliche Hauptproblem dieser ganzen „be-

und die Schlichtung etwaiger Streitigkeiten ausführliche Bestimmungen getroffen.

Von gleich großer Wichtigkeit für das ganze Gewerbe ist auch der Inhalt des Vertrages für die Reisfordbranche. Dieser bestimmt, daß die höchstzulässige Arbeitszeit 55 Stunden pro Woche und der Mindestlohn pro Woche für alle Orte 50 Pfennig betragen soll. Der größte Wert dieses Vertrages besteht jedoch darin, daß er für alle Sorten Reis- und Reisförsche Einheitsmaße und Einheitslöhne festsetzt. Für Orte mit über 50.000 Einwohnern und für Einzelanfertigung der bezeichneten Artikel sind Aufschläge vorgesehen. Im übrigen schließt sich dieser Vertrag in der Hauptsache dem der Geschloß- und Reisfordbranche an.

Der Züricher Polizeihauptmann Fischer gestorben.

Der frühere Züricher Polizeihauptmann Fischer ist in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag in Zürich gestorben. Fischer hat für die sozialdemokratische Partei insofern Bedeutung gewonnen, als unter seinem Polizeikommando in Zürich eine Reihe Spione entlarvt sind. Er war es, der im Jahre 1888 den Genossen Weber und Singer amtliche Urkunden über die Tätigkeit der von dem damaligen preussischen Minister des Innern ausgehakteten Spione ausstellte. Urkunden, die, als sie im deutschen Reichstag vorgelesen wurden, das größte Aufsehen erregten.

Vom Verband Schweizerischer Konsumvereine.

In Angern fand am 28. November eine außerordentliche Delegiertenversammlung des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine statt, die die einzelnen Vereinstungen besprach, die sich aus dem Beitritt des Verbandes zum Schweizerischen Einheitsrat ergeben. Um als selbständiges Institut im Einheitsrat (Société Suisse de Surveillance Economique) zu fungieren, war es nötig, daß die einzelnen, dem Verband angehörenden Vereine auf je 50 Mitglieder einen Anteil von 200 Francs zu übernehmen hätten. Dadurch wurde das Statutkapital von 140.000 Francs auf 1.300.000 Francs, das Garantiekapital von 500.000 Francs auf 2.500.000 Francs gehoben. Trotz der Opposition von Seiten der Vereine von Genf und Neuchâtel fand die Entscheidung der Verbandssammlung mit großer Mehrheit angenommen worden.

Aus der Partei.

Bailant 7.

Ueber Genf kommt die Nachricht vom Tod Edward Bailants; er ist im Alter von 76 Jahren in Paris gestorben. Mit Kantung und Vertrauen hat auch das deutsche sozialistische Proletariat seit Jahrzehnten zu dem unerschrockenen Kämpfer und selbstlosen Menschen aufblickt; die Erinnerung an das, was er erstrebt und erreicht hat, kann nicht verdrängt werden durch die düsteren Wolken, die in dieser Kriegszeit sich vor sein Bild geschoben haben. Bailant lebte bis vor wenigen Jahren in den Anschauungen Blanquis: die Gewinnung und methodische Schulung der Massen für den Klassenkampf und die begriffliche Erläuterung des Sozialismus erschien ihm nicht so wichtig, wie die Heranbildung einer kleinen revolutionären Kerktruppe, die in kritischen Zeiten berufen wäre, mit raschem Entschluß die Staatsmacht an sich zu reißen und durch revolutionäres Handeln ein neues soziales System durchzusetzen. Als der Bourgeoisismus Frankreich wie eine Seuche heimsuchte, hatte Bailant eben den Bulschismus innerlich überwunden; er machte die Wendung Granger und Genossen zum Sozialisten; der Sozialismus nicht mit: unter Führung Bailants habe sich ein Teil der Blanquisten-Partei ab, der nun die eigentliche Blanquisten-Partei zunächst fortzuführen suchte, sich aber allmählich der Taktik des sozialistischen Klassenkampfes näherte. Die geistige Einigung mit den Marxisten unter Guesde kam zu stande, es folgte auch die formelle Vereinigung der verschiedenen sozialistischen Gruppen zur Partei der vereinigten Sozialisten. Sie hatte wieder dauernd mit den Streikern zu kämpfen, die als „unabhängige Sozialisten“ mit den regierenden Gerichten politische Geschäfte zu machen suchten. Gegen diese Charaktere und Abenteurer hat Bailant stets einen Mann gestanden. Er war ein treuer Kamerad, daran ändert auch seine überpatriotische Haltung im todbenden Kriege nichts. Sein patriotischer Überdruß entzündete schließlich dieselben lauterer Quelle seinen Opferwillens, lauterer Sinngebe an das, was er für Pflicht hielt. Schmerzlich bleibt es freilich, daß er den Weg nicht fand zur Verständigung mit den deutschen Genossen, ihn vielmehr verlegen half. Dennoch: Ehre dem Tapferen!

freiten“ Balkanstaaten auf, der Gegensatz der unterdrückten christlichen „Majah“ (welches Wort „Dich“ bedeutet) gegen die dünne Schicht der türkischen Grundherren. Als wir Michail nahmen, begann Salih Beg von der Zukunft des Sandschaks zu reden. „Alles ist uns lieb — nur das eine nicht —, die ferbische Rückkehr. Aber wir haben keine Angst.“ (Hier machte er ein ferbisches Wortspiel, das im Deutschen nicht wiedergegeben ist.) „Von heute ab sind wir verbündet — fest aneinander, wie die Finger einer Hand.“ — Auf dem Heimwege kreuzte ich einen Kanonier aus dem Kirchenland der Unterelbe (gegenüber Blankensee). Er stand vor der Moschee mit der grünen Schrift am Eingang und sah an dem Minaret empor, das in dem Dunst dieses nebligen Novembermorgens aufragte. Sein frohlockender Schmutzart hing voll Eis. Wir sprachen über die Eiskollen, die jetzt am Elbeisich hin entlang schießern — über den Frieden und daß man jetzt hier mitten im türkischen Plattendauß reden hört. Ich lade ihn ein, mit in die Moschee zu gehen. Der Kadi schloß einen Teppich auf. Stets brannten. Zwei Beker hielten vor dem Koran und lasen. Johann Feiz drehte die Mühle von einer Hand in die andere. Und plötzlich merkten wir — erst jetzt —, wie ungeheuer weit wir beide — wir alle — weg von Hause sind. Dr. Adolf Rößler, Kriegsberichterstatter.

Bücher und Schriften.

„Ranowid und Diddüster in Deutsch-Ostafrika.“ Von Hans Weiser. Mit zahlreichen Abbildungen nach Originalaufnahmen des Verfassers, nach Zeichnungen von Prof. Wagner und R. Leffinger, einem Kärchen und einem farbigen Umschlagbild, geschaltet von W. Zimmerer. Preis geb. 1 Mark, geb. 1.80 Mark. Stuttgart, Franke'sche Verlagsbuchhandlung. — Es ist nicht die gewöhnliche Art von „Jagderzählungen“, untermischt mit „Jägerlatein“, die Hans Weiser in dem Buchlein bringt, sondern der Verfasser ist bemüht, auf Grund seines 14jährigen Aufenthaltes in Deutsch-Ostafrika so zu schreiben, wie er die Jagden als Tier- und Naturfreund miterlebt hat. Er hat, wie er selbst sagt, das Wild in seiner natürlichen Lebensweise beobachtet. Kameras und Büchse begleiteten ihn auf all seinen Wanderungen. Neben den Jagderlebnissen und den Schilderungen des Tierlebens sind besonders auch die Beobachtungen, die Hans Weiser an den Eingeborenen und ihrer Würdigung der Tierwelt macht, von volkreicher Interesse.

